

nächstjährigen Landtagswahlen in gesetzlicher, aber nicht misszuverstehender Weise zum Ausdruck zu bringen». Beck gab in einem Brief vom 31. März 1913 den Rat, eine «Partei Gleichgesinnter» zu gründen, um «im Rahmen der gesetzlichen Ordnung eine Besserstellung zunächst der eigenen Lage, dann aber auch anderer anzustreben».

Um dieses Ziel zu erreichen, musste allerdings direkt vor Ort Einfluss genommen werden. Wilhelm Beck verlegte deshalb den Wohnsitz nach Liechtenstein und eröffnete in Vaduz das erste liechtensteinische Rechtsanwaltsbüro. Die Kanzlei von Wilhelm Beck befand sich im Vaduzer Städtle. Das Haus beherbergte neben der Kanzlei auch die Wohnung. Als Arbeitgeber förderte Beck die Angestellten und ermunterte sie zur Weiterbildung. In der Kanzlei arbeitete seit 1926 der Partner Dr. Alois Ritter, in verschiedener Hinsicht ein Glücksfall für Wilhelm Beck. Ritter war etwa mit den österreichischen Bundeskanzlern Julius Raab und Leopold Figl lebenslang befreundet. Er war später ein aus der Volkspartei herausgewachsener Exponent der Vaterländischen Union.

Die öffentliche Wirksamkeit

Am 25. April 1914 begann mit dem Erscheinen der von Wilhelm Beck redigierten «Oberrheinischen Nachrichten» ein neues Kapitel Liechtensteins. Beck fand, wie es in einem Nachruf heisst, «ein gelockertes Erdreich für seine demokratischen Ideen». Aus der Gruppe um Wilhelm Beck und seine Mitstreiter entstand wenige Jahre später die Christlich-soziale Volkspartei. Bei den Landtagswahlen 1914 wollte man einen «gründlichen Besen» machen; tatsächlich erhielt die Gruppe vier Mandate: Wilhelm Beck, Josef Brunhart (Architekt, Balzers), Albert Wolfinger (Bauer, Balzers) und Josef Sprenger (Schmied, Triesen). Beck wurde 1914–1928 und 1932–1935 ins Parlament gewählt. Dort wurde nun forsch debattiert, politische Dynamik ergriff das Land. Beck regte 1917 den Bau eines Landesspitals und die Schaffung eines Steuergesetzes an. Das direkte und geheime Wahlrecht kam,

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
19085.

Auftritt des ersten liechtensteinischen Kabarett «Kaktus» (18.4.).

Einführung der Postleitzahlen (25.4.).

Gesetz betreffend die Schaffung einer Stiftung Pro Liechtenstein (23.7.)

Liechtensteiner Sonderschau an der Olma St. Gallen (8.10.).

Eine Initiative zur Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in der Gewerbegeossenschaft und der Gewerbeumlagen scheidert (20.12.).